Wahlprüfsteine der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zur Abgeordnetenhauswahl am 12.02.2023

Antworten des AfD Landesverbands Berlin

1.    Berlin hat bisher keine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt. Werden Sie dies ändern und welche Stadt würden Sie favorisieren?

Einige Berliner Bezirke haben z.T. schon sehr langjährige Partnerschaften mit israelischen Kommunen, z.B. Tempelhof mit Naharija. Darauf ließe sich aufbauen. Für Berlin kämen in erster Linie Tel Aviv-Jaffa oder der Bezirk Tel Aviv als Partner in Frage. Der Vorschlag des ehemaligen DIG-Präsidenten Reinhold Robbe hat insofern nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Die AfD befürwortet den Aufbau einer solchen Städtepartnerschaft.

2.    Sollte Berlin stärker mit israelischen Einrichtungen der Kultur und der Wissenschaft kooperieren und welche konkreten Vorschläge haben Sie dazu?

Alle Absichtserklärungen über eine verstärkte wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Berlin und Israel bleiben Makulatur, solange sich die in ihren jeweiligen Ländern verantwortlichen Politiker nicht persönlich kennenlernen und sich mögliche Kooperations-Projekte zu eigen machen. Dabei ist das Potential für eine Kooperation zwischen den Wissenschaftseinrichtungen beider Länder, insbesondere in den Bereichen IT, KI, BioScience, Technologietransfer und Medizinforschung riesig und bei weitem nicht ausgeschöpft.

Die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat deshalb gemeinsam mit CDU und FDP vorgeschlagen, für die im Juni 2023 geplante Ausschussreise des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung Israel als Reiseziel auszuwählen. Die Koalitionsfraktionen haben sich demgegenüber für Holland ausgesprochen. Die Entscheidung fällt nach der Wahl-Wiederholung

3.    Im Mai jährt sich die Gründung des Staates Israel zum 75. Mal. In welcher Form werden Sie sich dafür einsetzen, dass dieses Ereignis auch in Berlin angemessen gewürdigt wird?

Der DIG gebührt großer Dank für die jährliche Ausrichtung des Israeltages. Vertreter der AfD haben in den letzten Jahren regelmäßig daran teilgenommen. Sollte die israelische Botschaft angesichts des 75. Jahrestages der Staatsgründung den Wunsch haben, eine Festveranstaltung im Abgeordnetenhaus durchzuführen, würden wir dies vorbehaltlos unterstützen.

4.    Immer wieder kommt es in Berlin zu antisemitischen Vorfällen: Schmierereien, Bedrohungen, Angriffe. Was werden Sie tun, um Polizei, Staatsanwaltschaft und Zivilgesellschaft dagegen zu stärken?

Der Antisemitismus in Berlin ist nach den Berichten von RIAS in den letzten Jahren massiver und gewalttägiger geworden. Wir unterstützen die Arbeit der Antisemitismus-Beauftragten von Polizei und Staatsanwaltschaft und die Präventionsarbeit der verschiedenen Beratungsstellen. Doch die Arbeit dieser Einrichtungen reicht nicht aus. Entscheidend ist der politische Wille, neben dem rechtextremen, linksextremen und verschwörungstheoretischen Antisemitismus auch dem israelbezogenen Antisemitismus – insbesondere BDS - sowie dem muslimischen Antisemitismus klar die rote Karte zu zeigen. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Die Vorfälle auf der *documenta fifteen,* antiisraelische Propaganda im Rahmen postkolonialer Diskurse sowie die Ernennung von Bonaventure Ndikung zum neuen Intendanten des Hauses der Kulturen der Welt bereiten uns in diesem Zusammenhang große Sorge.

5.    An den Schulen grassiert neuer, oft unbedachter, israelbezogener Antisemitismus. Was werden Sie speziell im Bildungsbereich tun, um junge Menschen dagegen immun zu machen?

Es gibt gute Projekte wie KIgA e.V., die sich insbesondere auf Schulen fokussieren. Doch das reicht nicht aus. Es bedarf des klaren politischen Willens, der Verbreitung antisemitischer Stereotype und aller Formen konfrontativer Religionsbekundungen an unseren Schulen entschieden entgegenzutreten. Deswegen unterstützen wir die DEVI-Studie zur Gewinnung weiterer Erkenntnisse und haben dies auch im Abgeordnetenhaus gefordert. Bei akutem Mobbing jüdischer Schüler geht nach unserer Auffassung Opferschutz vor Täterschutz. Notfalls müssen die Täter die Schule verlassen. Ein Schulwechsel des jüdischen Betroffenen kann nur die Ultima Ratio sein, sofern die Eltern dies als letzten Ausweg ausdrücklich fordern.

6.    Bei den so genannten Al-Quds-Demonstrationen wird alljährlich Israel-Hass und Antisemitismus verbreitet. Werden Sie dafür sorgen, dass diese Demonstration in Berlin künftig verboten wird und werden Sie das Verbot durchsetzen?

Die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat sich in verschiedenen Anträgen für ein Verbot der Al-Quds-Demonstrationen ausgesprochen. Ein Verbot ist bereits heute auf der Basis des geltenden Demonstrationsrechts möglich. Scheinbar hat es dazu vor 2020 an politischem Willen auf Seiten des Senats und der zuständigen Innenverwaltung gefehlt.